

öffentliche N I E D E R S C H R I F T
VERTEILER: 3.3.2

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr, SUV/074/ IX	
Sitzung am	: 04.10.2007	
Sitzungsort	: Sitzungsraum 2 Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn	: 18:15	Sitzungsende : 21:20

Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende/r	: gez.	Jürgen Lange
Schriftführer/in	: gez.	Rene Hoerauf

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
Sitzungsdatum	: 04.10.2007

Sitzungsteilnehmer

Vorsitz

Lange, Jürgen

Teilnehmer

Behr, Peter

Berg, Arne - Michael

Eßler, Hans-Günther

Hahn, Sybille

Krogmann, Marlis

Nötzel, Wolfgang

Paschen, Herbert

Plaschnick, Maren

Prüfer, Christoph

anwesend für Herrn Döscher

Roeske, Ernst-Jürgen

Scharf, Hans

Schmidt, Wolfgang

anwesend für Herrn Engel

Senckel, Karl Heinrich

Verwaltung

Bosse, Thomas

Deutenbach, Eberhard

Dreger, Klaus

Freude, Andreas

Hoerauf, Rene

Kröska, Mario

Kurzewitz, Werner

Möller, Jörg

Rauch, Marita

Reher, Uwe

Rimka, Christine

Sandhof, Martin

Schröter, Reiner

Seevaldt, Wolfgang

Sievers, Bernd

Thormählen, Torsten

Entschuldigt fehlten

Teilnehmer

Döscher, Günther
Engel, Uwe

4
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
Sitzungsdatum	: 04.10.2007

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 :
Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**TOP 2 :
Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung**

**TOP 3 :
Einwohnerfragestunde**

**TOP 3.1 :
Anfrage von Herrn Mährlein zur Radioaktivität im Norderstedter Müll**

**TOP 4 : B 07/0225
Bebauungsplan Nr. 150 Norderstedt, 4. Änderung und Ergänzung "Gewerbegebiet Lawaetzstraße Teil Südwest", Gebiet: Südlich Wasserwerk Friedrichsgabe, westlich des bestehenden Gewerbebetriebes, nordöstlich der geplanten Verlängerung der Oadby-and-Wigston-Straße, hier: Aufstellungsbeschluss**

**TOP 5 : B 07/0293
Bebauungsplan Nr. 150 Norderstedt, 4. Änderung und Ergänzung "Gewerbegebiet Lawaetzstraße Teil Südwest", Gebiet: Südlich Wasserwerk Friedrichsgabe, westlich des bestehenden Gewerbebetriebes, nordöstlich der geplanten Verlängerung der Oadby-and-Wigst on-Straße hier: Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung**

**TOP 6 : B 07/0244
Bebauungsplan Nr. 150 Norderstedt, 5. Änderung und Ergänzung "Friedhofserweiterung Friedrichsgabe", Gebiet: Nordwestlich Zaunkönigweg, östlich Föhrenkamp, hier: Aufstellungsbeschluss**

**TOP 7 : B 07/0294
Bebauungsplan Nr. 150 Norderstedt, 5. Änderung und Ergänzung "Friedhofserweiterung Friedrichsgabe", Gebiet: Nordwestlich Zaunkönigweg, östlich Föhrenkamp hier: Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung**

**TOP 8 : B 07/0048
Straßenreinigung, hier: 8. Nachtragssatzung zur Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen in der Stadt Norderstedt**

**TOP 9 : B 07/0382
Haushalt 2008/2009 Stellenplan und Teilbudgets des Amtes 60**

TOP 10 : B 07/0303

Haushalt 2008/2009 Stellenplan und Teilbudgets des Betriebsamtes (Budget Amt 70: Teilbudgets 7001 Fachbereichsoverhead, 7002 Grünflächenunterhaltung, 7003 Verkehrsflächenunterhaltung, 7004 Regenwasserkanäle sowie Budget 9300 Abwasserbeseitigung, Budget 9700 Straßenreinigung)

TOP 11 : B 07/0349

BAB 7 Anschluss Norderstedt(AS 22) hier: Beschluss über die Beteiligung an den Planungs- und Investitionskosten der AS 22 und der Zubringer

TOP 12 : B 07/0279

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 265 Norderstedt "Ulzburger Straße 533 - 539, Gebiet: westlich Ulzburger Straße/zwischen Erlengang und Eschenkamp hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

TOP 13 :

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 13.1 M 07/0385

:

Schimmelpilzmessung in der Grundschule Harkshörn

TOP 13.2 M 07/0384

:

Erschließung Rahmenplan Friedrichsgabe Nord, B 255 und B 256 hier: Sachstandsbericht, Beginn Neubau der Haupterschließungsstraße

TOP 13.3 M 07/0394

:

Ausbau und beitragsrechtliche Veranlagung des Buschberger Wegs östlich der Straße Am Hange; hier: Besprechungspunkt zu TOP 5 in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 20.09.2007

TOP 13.4 M 07/0390

:

Betriebswirtschaftliches Ergebnis 2006 des Betriebsamtes für den Bereich Abfallentsorgung

TOP 13.5

:

Herr Lange zum Bebauungsplan Nr. 263 Norderstedt, Großer Born

TOP 13.6

:

Frau Plaschnick zum ÖPNV in Norderstedt

TOP 13.7

:

Frau Plaschnick zum Fäkalienfluss durch Garstedt

TOP 13.8

:

Frau Plaschnick zum Verwaltungszusammenschluss mit Ellerau

TOP 13.9

:

Frau Hahn zu Containerstandorten in Norderstedt

Nichtöffentliche Sitzung

TOP 14 : B 07/0380

Bebauungsplan B 218, hier: Auftragsvergabe für verkehrsplanerische Leistungen und Bauentwurfsplanung

TOP 15 :

Berichte und Anfragen - nichtöffentlich

TOP 15.1 M 07/0381

:

Feststellung von Radioaktivität bei der Anlieferung eines Abfallcontainers in der Müllverbrennungsanlage Stellingener Moor

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
Sitzungsdatum	: 04.10.2007

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 12 Mitgliedern fest.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Es wird der folgende Antrag zur Tagesordnung gestellt.

Die Verwaltung bittet darum, dass der Tagesordnungspunkt 12 vor Tagesordnungspunkt 8 behandelt wird.

Der Ausschuss stimmt dem einvernehmlich zu.

Abstimmung zur so geänderten Tagesordnung:

12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, einstimmig beschlossen

TOP 3: Einwohnerfragestunde

Es wird die folgende Frage gestellt.

TOP 3.1: Anfrage von Herrn Mährlein zur Radioaktivität im Norderstedter Müll

Herr Tobias Mährlein, Heinrich-Lönnies-Straße 36, stellt die folgende Frage.

Herr Mährlein bezieht sich auf die Niederschrift der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 20.09.2007. Danach gab es eine Anfrage zu

radioaktiv verseuchtem Müll in Norderstedt. Diese Anfrage soll heute im nicht öffentlichen Teil dieser Sitzung durch einen Bericht der Verwaltung beantwortet werden.

Er bittet den Ausschuss darum, diesen Bericht im öffentlichen Teil der Sitzung zu geben, da dieses Problem alle Norderstedter Bürgerinnen und Bürger interessiert und es für alle wichtig zu wissen ist, ob für sie eine mögliche Gefährdung bestanden hat oder nicht.

Herr Bosse antwortet direkt.

Die Frage wird, soweit datenschutzrechtliche Belange dem nicht entgegenstehen, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 01.11.2007 in öffentlicher Sitzung beantwortet.

Beschluss:

TOP 4: B 07/0225

Bebauungsplan Nr. 150 Norderstedt, 4. Änderung und Ergänzung "Gewerbegebiet Lawaetzstraße Teil Südwest", Gebiet: Südlich Wasserwerk Friedrichsgabe, westlich des bestehenden Gewerbebetriebes, nordöstlich der geplanten Verlängerung der Oadby-and-Wigston-Straße, hier: Aufstellungsbeschluss

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden gemeinsam aufgerufen. Herr Bosse und Frau Rimka beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss spricht sich einvernehmlich dafür aus, dass im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt wird.

Beschlussvorschlag

Gemäß §§ 2 ff. BauGB wird die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 150 Norderstedt, 4. Änderung und Ergänzung „Gewerbegebiet Lawaetzstraße Teil Südwest“, Gebiet: Südlich Wasserwerk Friedrichsgabe, westlich des bestehenden Gewerbebetriebes, nordöstlich der geplanten Verlängerung der Oadby-and-Wigston-Straße, beschlossen.

Der Geltungsbereich ist in der Planzeichnung vom 14.06.2007 festgesetzt (vgl. verkleinerte Fassung in Anlage 3). Diese Planzeichnung ist Bestandteil des Beschlusses.

Für das Plangebiet werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Südwestliche Erweiterung des Gewerbegebietes Lawaetzstraße
- Umnutzung einer bisher als Versorgungsfläche „Wasserwerk“ festgesetzten Fläche als Gewerbegebietsfläche
- Festsetzung von flächenbezogenen Schalleistungspegeln zum Gewerbelärm, um die Verträglichkeit mit der benachbarten Wohnbebauung zu gewährleisten

Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

Aufgrund des § 22 GO waren keine Ausschussmitglieder/Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Abstimmung:

11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen, mehrheitlich beschlossen

TOP 5: B 07/0293

Bebauungsplan Nr. 150 Norderstedt, 4. Änderung und Ergänzung "Gewerbegebiet Lawaetzstraße Teil Südwest", Gebiet: Südlich Wasserwerk Friedrichsgabe, westlich des bestehenden Gewerbebetriebes, nordöstlich der geplanten Verlängerung der Oadby-and-Wigst on-Straße hier: Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden gemeinsam aufgerufen. Herr Bosse und Frau Rimka beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss spricht sich einvernehmlich dafür aus, dass im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt wird.

Beschlussvorschlag

Gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen des Bauleitplanverfahrens Bebauungsplan Nr. 150 Norderstedt, 4. Änderung und Ergänzung "Gewerbegebiet Lawaetzstraße Teil Südwest", Gebiet: Südlich Wasserwerk Friedrichsgabe, westlich des bestehenden Gewerbebetriebes, nordöstlich der geplanten Verlängerung der Oadby-and-Wigst on-Straße die öffentliche Unterrichtung und Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) erfolgen.

Das städtebauliche Konzept vom 16.08.2007 (Anlagen 2 und 3) wird als Grundlage für die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gebilligt.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ist entsprechend den Ziffern 1,5,6 und 12 der Anlage 6 dieser Vorlage durchzuführen.

Auf Grund des § 22 GO waren keine Ausschussmitglieder/Stadtvertreter von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

Abstimmung:

11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, einstimmig beschlossen

TOP 6: B 07/0244

Bebauungsplan Nr. 150 Norderstedt, 5. Änderung und Ergänzung "Friedhofserweiterung Friedrichsgabe", Gebiet: Nordwestlich Zaunkönigweg, östlich Föhrenkamp, hier: Aufstellungsbeschluss

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 werden gemeinsam aufgerufen.

Herr Seevaldt weist darauf hin, dass die in der Einladung angegebene Vorlagen-Nummer unkorrekt ist. Die korrekte Vorlagennummer lautet B 07/0244. Diese Vorlage wurde auch mit der Einladung versandt.

Der Ausschuss spricht sich einvernehmlich dafür aus, dass im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt wird.

Beschlussvorschlag

Gemäß §§ 2 ff. BauGB wird die Aufstellung des Bauleitplanes, Bebauungsplan Nr. 150, 5. Änderung und Ergänzung „Friedhofserweiterung Friedrichsgabe“, Gebiet: Nordwestlich Zaunkönigweg, östlich Föhrenkamp, beschlossen.

Der Geltungsbereich ist in der Planzeichnung vom 14.06.2007 festgesetzt (vgl. verkleinerte Fassung in Anlage 3). Diese Planzeichnung ist Bestandteil des Beschlusses.

Für das Plangebiet werden folgende Planungsziele angestrebt :

- Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage für die Fläche nördlich der Oadby-and-Wigston-Straße
- Grünfläche mit der Zweckbestimmung Friedhof für die Fläche südlich der Oadby-and-Wigston-Straße.

Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 224 Süd, Gebiet: „Reiherhagen“, wird im überplanten Bereich aufgehoben.

Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

Aufgrund des § 22 GO waren keine Ausschussmitglieder/Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Abstimmung:

12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, einstimmig beschlossen

TOP 7: B 07/0294

Bebauungsplan Nr. 150 Norderstedt, 5. Änderung und Ergänzung "Friedhofserweiterung Friedrichsgabe", Gebiet: Nordwestlich Zaunkönigweg, östlich Föhrenkamp hier: Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 werden gemeinsam aufgerufen.

Der Ausschuss spricht sich einvernehmlich dafür aus, dass im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt wird.

Beschlussvorschlag

Gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen des Bauleitplanverfahrens Bebauungsplan Nr. 150 Norderstedt, 5. Änderung und Ergänzung "Friedhofserweiterung Friedrichsgabe", Gebiet: Nordwestlich Zaunkönigweg, östlich Föhrenkamp die öffentliche Unterrichtung und Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) erfolgen.

Das städtebauliche Konzept vom 16.08.2007 (Anlage 2 und 3) wird als Grundlage für die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gebilligt.

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ist entsprechend den Ziffern 1,5,6 und 12 der Anlage 6 dieser Vorlage durchzuführen.

Auf Grund des § 22 GO waren keine Ausschussmitglieder/Stadtvertreter von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

Abstimmung:

12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, einstimmig beschlossen

TOP 8: B 07/0048

Straßenreinigung, hier: 8. Nachtragssatzung zur Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen in der Stadt Norderstedt

Frau Hahn stellt den folgenden Antrag.

Der Winterdienst für Fahrradwege entlang des Hauptverkehrsstraßennetzes der Stadt Norderstedt soll eingeführt werden.

Der Ausschuss diskutiert.

Herr Thormählen erläutert die durch das Räumen auf Radwegen entstehenden Mehrkosten.

Sitzungsunterbrechung von 19:00 Uhr bis 19:05 Uhr.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Hahn:

5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussvorschlag

Die 8. Nachtragssatzung zur Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen in der Stadt Norderstedt (Straßenreinigungssatzung) wird in der Form der Anlage 1 zur Vorlage B 07/0048 beschlossen.

Abstimmung:

7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

TOP 9: B 07/0382

Haushalt 2008/2009 Stellenplan und Teilbudgets des Amtes 60

Frau Plaschnick stellt den Antrag, den Stellenplan nicht erneut zu beschließen.

Frau Plaschnick gibt folgendes zu Protokoll.

Frau Plaschnick begründet ihre Nein-Stimme mit der Ihrer Meinung nach unzulässigen erneuten Abstimmung zum Stellenplan Amt 60 im Ausschuss. Sie verweist dazu auch auf den Kommentar zur GO § 45 Abs.1 Punkt 4, in dem es u.a. heißt: Kommen Fachausschüsse und die Verwaltungsleitung zu unterschiedlichen vorbereitenden Voten, so sind diese vollständig der Gemeindevertretung vorzulegen. Diese entscheidet im Rahmen ihrer politischen Willensbildung, ob und ggf. welchem Beschlussvorschlag sie folgen will.“

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Plaschnick:

5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, mehrheitlich abgelehnt

Herr Bosse und Herr Seevaldt beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Es erfolgen Einzelabstimmungen.

Stellenplan, Punkt 2.1 der Vorlage, Seiten 55 – 61 der Anlage 1 zur Vorlage

Frau Hahn stellt die folgenden Anträge.

S. 56, 602, Fachbereich Umwelt, lfd. Nr. 4

Der unter Bemerkungen aufgeführte K.w.-Vermerk soll gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Hahn:

5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, mehrheitlich abgelehnt

S. 57, 602, Fachbereich Umwelt, lfd. Nr. 9

Der unter Bemerkungen aufgeführte Tz. K.w. - Vermerk soll gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Hahn:

5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zum Stellenplan:

7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

Fachbereichsbudget, Punkt 2.2 der Vorlage, Seiten 369 – 450 der Anlage 2 zur Vorlage

Frau Hahn stellt den folgenden Antrag.

S. 395, HHSt. 580000 510500, Bodenpflege, Heideflächen

Die Ansätze in 2008 i.H.v. 70.000 € und 2009 i.H.v. 50.000 € sollen gestrichen und in den Etat der Stadtpark Norderstedt GmbH übertragen werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Hahn:

6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, damit abgelehnt

S. 395, HHSt. 580000 550020, Haltung von Fahrzeugen

Herr Seevaldt weist darauf hin, dass Nummer und Bezeichnung der HHSt unkorrekt sind. Die richtige Bezeichnung lautet HHSt 580000 570200 Amphibienschutz. Dies wird entsprechend berichtet.

S. 400, HHSt 580200 960100 Stadtpark, Baumaßnahmen

Der Ausschuss diskutiert kontrovers über die Transparenz der Kosten zur Landesgartenschau.

Herr Bosse antwortet direkt.

Frau Hahn stellt den folgenden Antrag.

S. 400, HHSt 580200 960100 Stadtpark, Baumaßnahmen

Die Ansätze in 2008 i.H.v. 183.000 € und 2009 i.H.v. 561.200 € sollen gestrichen und in den Etat der Stadtpark Norderstedt GmbH übertragen werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Hahn:

5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Frau Hahn stellt den folgenden Antrag.

Da ihr o.a. Antrag abgelehnt wurde, soll die HHSt 580200 960100 Stadtpark, Baumaßnahmen einen Sperrvermerk erhalten.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Hahn:

5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Frau Hahn stellt den folgenden Antrag.

Da ihr o.a. Antrag ebenfalls abgelehnt wurde, sollen die kompletten Pläne zu den Baumaßnahmen im Stadtpark im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

vorgestellt werden, und zwar vor den Haushaltsberatungen in der Stadtvertretung.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Hahn:
6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, damit abgelehnt

S. 401, HHSt 590100 932000 Grunderwerb, Wanderwege / Grünzüge
Frau Hahn wünscht von der Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen die Vorstellung eines entsprechenden Konzeptes aus dem hervorgeht, wofür 350.000 € in 2009 in Ansatz gebracht wurden.

S. 411, HHSt 630200 960300 Verkehrsrechnerupdate
Herr Schröter erläutert, dass für 2008 230.000 € in Ansatz gebracht werden müssen.

Frau Hahn stellt den folgenden Antrag.

S. 412, HHSt. 630500 960500 Umsetzung Flächenh. Tempo-30-Konzept
Für die Jahre 2008 und 2009 sollen jeweils 20.000 € in Ansatz gebracht werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Hahn:
9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen, einstimmig beschlossen

S. 436, HHSt 612000 935000 Vermessung, Beschaffung Bewegliches Vermögen
Herr Dreger erläutert, dass der Ansatz für 2008 i.H.v. 20.000 € gestrichen wird.

Frau Hahn stellt den folgenden Antrag.

S. 441, HHSt. 112000 580100 Umweltschutz, Öffentlichkeitsarbeit Agenda 21
Für die Jahre 2008 und 2009 sollen die Ansätze von jeweils 35.000 € um 20.000 € auf dann jeweils 15.000 € gekürzt werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Hahn:
12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, einstimmig beschlossen

S. 448, HHSt 792000 715220 Förderung ÖPNV, Verbesserung ÖPNV
Herr Möller erläutert, dass für 2008 und 2009 jeweils 404.000 € anstatt der bisherigen 190.000 € in Ansatz gebracht werden müssen.

Abstimmungsergebnis zum so geänderten Fachbereichsbudget:
7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

Übertragungsvermerke, Punkt 2.2.1 der Vorlage

Abstimmungsergebnis zu den Übertragungsvermerken:
10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

Verpflichtungsermächtigungen, Punkt 2.2.2 der Vorlage

Abstimmungsergebnis zu den Verpflichtungsermächtigungen:
9 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

Investitionsprogramm, Punkt 2.2.3 der Vorlage, Seiten 451 – 465 der Anlage 2 zur Vorlage

Frau Hahn stellt den folgenden Antrag.

S. 453, HHSt. 580200 960100, Stadtpark, Baumaßnahmen
Die Ansätze in 2010 i.H.v. 423.000 € und 2011 i.H.v. 176.000 € sollen gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Hahn:
5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

S. 455, HHSt 612000 935000 Vermessung, Beschaffung Bewegliches Vermögen
Herr Dreger erläutert, dass der Ansatz für 2008 i.H.v. 20.000 € gestrichen wird.

S. 456, HHSt 630200 960200 Koordinierung LSA SH-Str.
Herr Schröter erläutert, dass der für 2011 vorgesehene Ansatz i.H.v. 230.000 € bereits in 2008 in Ansatz gebracht werden muss.

S. 461, HHSt. 630800 960810 Querspange Glashütte
Herr Lange nimmt Bezug auf den Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 15.03.2007 zum Verkehrskonzept Bebauungsplan Nr. 218 Norderstedt

Herr Kröska sagt zu, dass die Planungskosten für den Kreuzungsbereich Stormarnstraße / Schleswig-Holstein-Straße mit Anschluss an die Poppenbütteler Straße von der Verwaltung für die Haushaltsberatungen im Hauptausschuss bekannt gegeben werden.

Frau Hahn stellt den folgenden Antrag.

S. 461, HHSt. 630800 960820 OU Garstedt, Planung
Die Ansätze in 2007 i.H.v. 50.000 € und 2012 und folgende i.H.v. 300.000 € sollen gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag von Frau Hahn:
5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zum Investitionsprogramm:
7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

Beschlussvorschlag

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr hebt die in der Sitzung am 06.09.2007 unter dem Tagesordnungspunkt 15 „Haushalt 2008/2009; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 60“ gefassten Beschlüsse auf.

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr beschließt gem. der o.a. Einzelabstimmungen:

2.1. die in der beigefügten Liste (**Anlage 1**) aufgeführten Stellenplanveränderungen für den Stellenplan 2008/2009 gegenüber dem Stellenplan 2006/2007

2.2. gemäß des als **Anlage 2** beigefügten Fachbereichsbudget des Amtes 60

2.2.1. die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2008/2009
mit folgenden Änderungen: -keine-

für nachfolgende Haushaltsstellen Übertragungsvermerke:

HHSt. 6100.6305 Stadtentwicklungsplanung, Fortschreibung FNP,LP,VEP

Übertragungsvermerk 60.000,--€
 HHSt. 6100.6302 Umweltverträglichkeitsprüfung, Grünordnungspläne
 Übertragungsvermerk 40.000,--€
 HHSt. 6100.6304 Planungskosten
 Übertragungsvermerk 100.000,--€
 HHSt. 6300.65502 Quartiersmanagement Schmuggelstieg
 Übertragungsvermerk 55.000,--€

2.2.2 die Ansätze des Vermögenshaushaltes für den Grundhaushalt 2008/2009

mit folgenden Änderungen:

- HHSt. 6302.9603 Verkehrsrechnerupdate ist in Höhe von 230.000,--€ dringend für das Jahr 2008 erforderlich (Erläuterung siehe **Anlage 3**)
- HHSt. 61200.93500 Beschaffung bewegliches Vermögen
 Der Ansatz muss für 2008 um 20.000,-- € auf 0,-- € reduziert werden. Die für 2008 bisher vorgesehenen 20.000,-- € sind Mittel für die Beschaffung von Luftbildschrägaufnahmen. Diese Aufgabe ist dem Bereich EDV-Abteilung zugeordnet worden. Dort muss eine neue HHSt. mit den hier entfallenden Mitteln eingerichtet werden.

Für nachfolgende Haushaltsstellen Verpflichtungsermächtigungen:

HHSt.	Betrag	kassenwirksam Jahr
63080.96017	Umgestaltung Schmuggelstieg 1.000.000,-- €	2009
63080.98700	Umgestaltung Schmuggelstieg Klimaschutz 100.000,-- €	2013
63080.96040	Verlängerung O.-a.-W.-Str. Planungs- u. Baukosten 4.000.000,-- € 3.710.000,-- €	2009 2010
66050.96000	Knoten Ochsenzoll Baukosten 5.100.000,-- € 2.600.000,-- € 506.000,-- €	2009 2010 2011
63040.96040	Regenwasserkanäle Tannenhofstraße 250.000,-- €	2009
63040.96050	Sanierung/Neubau Regenwasserkanäle 100.000,-- € 100.000,-- €	2009 2010

2.2.3 die Ansätze des Investitionsprogrammes für den Grundhaushalt 2008/2009

mit folgenden Änderungen: Siehe 2.2 HHSt. 6302.9603
 Verkehrsrechnerupdate ist im Investitionsprogramm für 2010 vorgesehen, muss aber für 2008 vorgezogen werden.

Abstimmung:

7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

TOP 10: B 07/0303

Haushalt 2008/2009 Stellenplan und Teilbudgets des Betriebsamtes (Budget Amt 70: Teilbudgets 7001 Fachbereichsoverhead, 7002 Grünflächenunterhaltung, 7003 Verkehrsflächenunterhaltung, 7004 Regenwasserkanäle sowie Budget 9300 Abwasserbeseitigung, Budget 9700 Straßenreinigung)

Budget 9700, Straßenreinigung, Seiten 60 – 64 der Anlage 7 der Vorlage

Abstimmungsergebnis zum Budget 9700:

7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr beschließt gemäß der o.a. Einzelabstimmung:

Budget Straßenreinigung 9700:

6750.93500	Straßenreinigung		
	Beschaffung bewegl. Vermögen	36.500 €	2009

Abstimmung:

7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

TOP 11: B 07/0349

BAB 7 Anschluss Norderstedt(AS 22) hier: Beschluss über die Beteiligung an den Planungs- und Investitionskosten der AS 22 und der Zubringer

Herr Freude teilt mit, dass die Freie und Hansestadt Hamburg zwischenzeitlich eine Kostenbeteiligung an den Kosten zum Autobahnanschluss abgelehnt hat.

Herr Prüfer gibt zu Protokoll, dass er in Vertretung für Herrn Döscher anwesend ist. Die FDP-Fraktion hat sich, wie Herr Döscher auch, gegen den Autobahnanschluss ausgesprochen. Er selbst hat jedoch seit jeher für den Autobahnanschluss plädiert. Aufgrund dessen wird er an der Abstimmung zum Autobahnanschluss nicht teilnehmen.

Frau Plaschnick und Frau Hahn verlassen um 21:00 Uhr die Sitzung.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr nimmt den Sachstandsbericht zum Autobahnanschluss Norderstedt (AS 22) zur Kenntnis.

Die Stadt Norderstedt unterstützt das Vorhaben einer zusätzlichen Anschlussstelle in Höhe Norderstedt (AS 22) und das damit in Verbindung stehende Zubringersystem aktiv als Verkehrsprojekt auch von regionaler Bedeutung.

Die Stadt Norderstedt erklärt, im Rahmen des bestehenden interkommunalen Planungs- und Projektverbundes mit den Kreisen Pinneberg und Segeberg auch weiterhin Verantwortung für die Umsetzung dieses Verkehrsprojektes zu übernehmen.

Die Stadt Norderstedt ist bereit, von den durch die kommunale Seite zu tragenden Investitions- und Planungskosten ein Drittel zu übernehmen, was nach derzeitigem

Kenntnisstand ca. 3,3 Mio. Euro umfasst. Voraussetzung hierfür ist eine gleichartige Beteiligung der Kreise Pinneberg und Segeberg.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Kreisen Pinneberg und Segeberg sowie in Abstimmung mit der Landes- und Straßenbauverwaltung die Beantragung der AS 22 beim Bundesverkehrsministerium zu betreiben und nach erfolgter Zustimmung die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung des Projektes einzuleiten.

Abstimmung:

6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

TOP 12: B 07/0279

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 265 Norderstedt "Ulzburger Straße 533 - 539, Gebiet: westlich Ulzburger Straße/zwischen Erlengang und Eschenkamp hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Frau Plaschnick und Frau Hahn verlassen um 21:00 Uhr die Sitzung.

Beschlussvorschlag

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 265 Norderstedt "Ulzburger Straße 533 - 539", Gebiet: westlich Ulzburger Straße / zwischen Erlengang und Eschenkamp, bestehend aus dem Vorhabenplan (Anlage 2), dem Teil A – Planzeichnung (Anlage 3) und Teil B – Text (Anlage 4), in der Fassung vom 18.09.2007 wird beschlossen.

Die Begründung wird in der Fassung vom 18.09.2007 gebilligt (Anlage 5).

Der Entwurf des Bauleitplanes, vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 265 Norderstedt "Ulzburger Straße 533 - 539", sowie die Begründung sowie folgende Arten umweltbezogener Informationen:

- | | |
|---------------------------------------|----------------------|
| • Klimaanalyse der Stadt Norderstedt | Stand: November 1993 |
| • Biotop- und Nutzungstypenkartierung | Stand: 22.03.2005 |
| • Flechtenexposition Norderstedt | Stand: 1992 |
| • Entwurf der Lärminderungsplanung | Stand: Juli 2007 |

sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB im Parallelverfahren zum Entwurf zu beteiligen und von der öffentlichen Auslegung zu unterrichten.

Sollten sich nach der öffentlichen Auslegung durch berücksichtigte Stellungnahmen Änderungen des Bauleitplanentwurfes ergeben, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, wird die Verwaltung beauftragt, eine eingeschränkte Beteiligung gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 4 BauGB durchzuführen.

Aufgrund des § 22 GO waren keine Ausschussmitglieder von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, mehrheitlich beschlossen

TOP 13:

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP M 07/0385

13.1:

Schimmelpilzmessung in der Grundschule Harkshörn

Herr Bosse gibt für das Amt 60 den folgenden Bericht.

Aufgrund gesundheitlicher Probleme von betroffenen Schülern und Lehrkräften wurde am 07.09.2007 – in Absprache mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit – eine Probenahme (Luftsammelprobe) im Lehrerzimmer sowie im Erste-Hilfe-Raum der Grundschule Harkshörn veranlasst. Grundsätzlich wird bei qualifizierten Pilzsporenmessungen in Innenräumen auch eine Probenahme der Außenluft durchgeführt. Ist die Pilzsporenbelastung der Innenraumluft niedriger als die Außenbelastung, gilt die Innenraumluft als unbelastet. Enthält die Innenraumluft mehr Pilzsporen als die Außenluft, gilt die Innenraumluft als belastet.

Ergebnis:

Die Pilzsporen-Konzentrationen in den untersuchten Innenräumen sind quantitativ (Anzahl der Sporen) kleiner als in der Außenluft. Der qualitative Vergleich der Sporenzusammensetzung zeigt jedoch Unterschiede: In beiden Räumen sind gegenüber der Außenluft erhöhte Pilzsporen-Konzentrationen der Gattung Penicillium vorhanden. In der Außenluft überwiegen dagegen Pilzsporen der Gattung Cladosporiums. Diese Sporen sind in den beiden Innenräumen aber kaum vorhanden.

Ein Schimmelpilzbefall kann daher in beiden Räumen nicht ausgeschlossen werden.

Empfehlung:

Als Ursache für die Pilzsporenbelastung in den untersuchten Innenräumen wurde der Fußbodenbelag (Nadelfilz) identifiziert. Möglicherweise hat eine unsachgemäß durchgeführte Feuchtreinigung zu einer nachhaltigen Einfeuchtung des Fußbodenbelages geführt. Trocknungsmaßnahmen würden nicht zu einer (nachhaltigen) Beseitigung des Schimmelpilzbefalles führen.

Das Amt für Gebäudewirtschaft hat zwischenzeitlich eine Trocknung der betroffenen Räume veranlasst. In Absprache mit dem Amt für Gebäudewirtschaft und unter Berücksichtigung der relativ geringen Gesamtsporenbelastung halte ich einen sofortigen Austausch des Teppichbodens nicht für erforderlich und empfehle einen Austausch innerhalb eines Zeitraumes von ca. 6 Monaten.

TOP M 07/0384

13.2:

**Erschließung Rahmenplan Friedrichsgabe Nord, B 255 und B 256 hier:
Sachstandsbericht, Beginn Neubau der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE**

Herr Bosse gibt für die EGNO den folgenden Bericht.

Sachverhalt

Mit den Bebauungsplänen 255 und 256 ist im April 2006 das Planungs- und Baurecht für den Bau der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE in Friedrichsgabe geschaffen worden. Die neue Verbindung zwischen Lawaetzstraße und K 133 ist ein wichtiger Bestandteil für die

Erschließung des Rahmenplangebietes Friedrichsgabe-Nord.

Die Planungen für den Ausbau der Straße sind abgeschlossen und die Ausführungsunterlagen wurden in der 38. KW an 35 anfragende Bauunternehmen versandt. Die Submission der Angebote wird am Freitag, den 12. Oktober 2007 in den Räumen der Entwicklungsgesellschaft Norderstedt durchgeführt.

Im Rahmen des Neubaus wird zurzeit ermittelt ob und welche der Anlieger Anspruch aus Lärmschutzmaßnahmen haben.

Der Baubeginn für die Haupterschließungsstraße liegt in der 45. KW.

Anfang Oktober werden betroffene Bürger, Unternehmen und Vereine schriftlich über den Bau der Haupterschließungsstraße informiert. Mit direkten Anschreiben an Anlieger und Unternehmen und Postwurfsendungen an sonstige Beteiligte (weitere Anwohner an der Quickborner Straße) werden diese über Art und Umfang der Baumaßnahme informiert. Des Weiteren werden den Angeschriebenen Ansprechpartner des Bauleitenden Ingenieurbüros, der Stadt und der EGNO genannt, die bei Fragen, Anregungen oder Beschwerden Angesprochen werden können.

TOP M 07/0394

13.3:

Ausbau und beitragsrechtliche Veranlagung des Buschberger Wegs östlich der Straße Am Hange; hier: Besprechungspunkt zu TOP 5 in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 20.09.2007

Herr Bosse gibt für das Amt 60 den folgenden Bericht.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 20.09.2007 wurde unter Punkt 5 das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau des östlichen Teils des Buschberger Wegs behandelt.

Der Ausschuss empfahl der Verwaltung einvernehmlich, einen anderen (als den in der Bürgerinformationsveranstaltung vom 30.05.2007 vom Team Beiträge vorgestellten), gerechteren Abrechnungsmodus für die beitragsrechtliche Veranlagung im Buschberger Weg zu finden.

Das Team Beiträge hat die Möglichkeiten, einen abweichenden Abrechnungsmodus für die beitragsrechtliche Veranlagung im Buschberger Weg zugrunde zu legen, nochmals eingehend überprüft. Im Ergebnis ergaben sich dabei jedoch keinerlei Hinweise dafür, dass die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Schleswig von ihrer Rechtsprechung seit dem maßgeblichen Urteil des Obergerichtes vom 28.10.1997 zur Frage der Verteilung des umlagefähigen Ausbaufwandes jeweils auf die *gesamte* "Einrichtung" (Verkehrsanlage) und die Frage der räumlichen Ausdehnung einer Einrichtung im Sinne des Beitragsrechts abgerückt wäre.

Letztmalig bestätigte das OVG Schleswig seine ständige Rechtsprechung mit Urteil vom 17.08.2005 - Az. 2 LB 38/04. In diesem Falle wurde die beitragsrechtliche Veranlagung nach Ausbau der Teilstrecke einer Einrichtung für teilweise rechtswidrig erklärt, da die Kommune das Abrechnungsgebiet in einem Kreuzungsbereich hat enden lassen, statt den umlagefähigen Ausbaufwand auf die Grundstücke entlang der gesamten Einrichtung zu verteilen; wobei sogar im Unterschied zum Buschberger Weg in dem betreffenden Fall die Einrichtung im Kreuzungsbereich einen abknickenden Verlauf nahm.

Die in die Verteilung einzubeziehenden Grundstücke durch eine Veranlagung im Wege einer Abschnittsbildung zu reduzieren, ist ebenfalls rechtlich nicht möglich. Die Abschnittsbildung

nach § 8 Abs. 4 Kommunalabgabengesetz (KAG) setzt voraus, dass das Bauprogramm der Gemeinde (Stadt) einen Ausbau über den Abschnitt hinaus vorsieht, der Ausbau der übrigen Abschnitte muss also in vergleichbarer Weise zu erwarten sein. Da der Ausbau des westlichen Teils des Buschberger Wegs jedoch noch in weiter Ferne liegt, handelt es sich hier um keinen Fall, bei dem zunächst der Teil einer Gesamtmaßnahme durchgeführt und abschnittsweise abgerechnet werden könnte, um sozusagen im Vorwege eine anteilige Refinanzierung zu ermöglichen.

Nach alledem sieht das Team Beiträge keine Möglichkeit, der Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 20.09.2007 zu entsprechen. Es kann leider nur die Feststellung getroffen werden, dass die am gerechtesten erscheinende Alternative nicht immer auch die dem geltenden Recht entsprechende ist.

Herr Berg wünscht von der Verwaltung einen Vorschlag in Form einer Berichtsvorlage, wie mit dieser Situation im Ausschuss nun weiter verfahren werden soll.

TOP M 07/0390

13.4:

Betriebswirtschaftliches Ergebnis 2006 des Betriebsamtes für den Bereich Abfallentsorgung

Frau Hahn und Frau Plaschnick nehmen wieder ab 21:10 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Thormählen gibt für das Amt 70 den folgenden Bericht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr nimmt das betriebswirtschaftliche Ergebnis des Jahres 2006 für den Bereich Abfallentsorgung zur Kenntnis.
(Anlage 1 der Niederschrift)

TOP

13.5:

Herr Lange zum Bebauungsplan Nr. 263 Norderstedt, Großer Born

Herr Lange bittet die Verwaltung, in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 01.11.2007 im Rahmen des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 263 Norderstedt, Großer Born die Erschließung des Plangebietes über den Billeweg zu realisieren.

TOP

13.6:

Frau Plaschnick zum ÖPNV in Norderstedt

Frau Plaschnick erläutert, dass es von der Verwaltung einen Zwischenbericht zum ÖPNV in Norderstedt vom 19.04.2007 gibt.
Sie bittet die Verwaltung um die endgültige Antwort zu diesem Thema.

TOP

13.7:

Frau Plaschnick zum Fäkalienfluss durch Garstedt

Frau Plaschnick bittet die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zum Fäkalienfluss durch Garstedt.

Warum hat es über ein Jahr gedauert, bis dieser Fäkalienfluss bemerkt wurde ?

Gab es aufgrund dessen Beschwerden von Anliegern ?

TOP

13.8:

Frau Plaschnick zum Verwaltungszusammenschluss mit Ellerau

Frau Plaschnick fragt, ob es aufgrund des Zusammenschlusses der Norderstedter und Ellerauer Verwaltungen Baukosten gibt, und wenn ja, bittet sie die Verwaltung um eine Auflistung der Kosten.

TOP

13.9:

Frau Hahn zu Containerstandorten in Norderstedt

Frau Hahn fragt, wann die Verwaltung eine Vorlage zu Containerstandorten in Norderstedt auf die Tagesordnung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr setzt.

Herr Kurzewitz antwortet direkt.

Die entsprechende Vorlage ist für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 01.11.2007 vorgesehen.